

Bündnis für Erneuerung Aufbruch für NRW

I.

Regierungen erhalten die Zustimmung der Menschen für ihr Tun, für ihr Regieren – nicht für Nichtstun und Unterlassen. Das gilt ganz besonders in Zeiten großer Verunsicherung, in Zeiten in denen mehrere Herausforderungen und Krisen zusammentreffen und Menschen nach Orientierung suchen.

Der Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2000 muss angesichts erheblicher Veränderungen überprüft und wo nötig neu justiert werden. Die Koalitionspartner haben sich neu darauf einzustellen,

- dass die konjunkturelle Entwicklung so problematisch ist und Deutschland in die Nähe deflationärer Gefahren bringt;
- dass wirtschaftliche und politische Risiken viele Menschen verunsichern;
- dass die Haushaltskrise des Staates auf allen Ebenen tiefe Löcher reißt und die Handlungsmöglichkeiten des Landes und unserer Gemeinden anhaltend bedroht;
- dass die Folgen längerfristiger demographischer Veränderungen die Notwendigkeit einer Generalüberholung unserer sozialen Sicherungssysteme so drängend machen;
- dass sich Terror und kriegerische Auseinandersetzungen so unerbittlich in unsere Welt hineindrängen und unsere politischen Spielräume auch auf Landesebene beeinflussen.

Die Wertvorstellungen, die Sozialdemokraten und Bündnis 90/ Die Grünen in die Koalition eingebracht haben, bleiben richtig. Ihre Umsetzung in praktisches Regierungshandeln muss in dieser Situation überprüft und neu ausgerichtet werden.

Ziel ist dabei, die Handlungsfähigkeit für unser Land zurückzugewinnen und dauerhaft zu sichern.

Maßstäbe für unser praktisches Regierungshandeln sind:

- alles tun was, geeignet ist, Arbeit zu schaffen – alles unterlassen, was neue Arbeitsplätze erschwert oder gar verhindert;
- Mut machen zur Veränderung, zu Investitionen, zu Innovation, zum Unternehmertum und sozialem Engagement – und nicht Politik durch Beharrung zur Innovationsbremse werden zu lassen;
- durch neues Austarieren von Steuern und Ausgaben den Staat handlungsfähig halten – und nicht durch überzogene Neuverschuldung die Haushaltskrise weiter verschärfen;
- Bildung und Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Kinder umfassend Priorität geben – auch um den Preis, dass andere „unverzichtbare“ Dinge zeitlich zurückgesetzt oder ganz gestrichen werden müssen;
- die Systeme sozialer Sicherung dadurch zukunftsfähig machen, dass wir ihren Kern stabilisieren und heute nicht mehr finanzierbare Vorstellungen zurückschneiden.

Wir müssen den Menschen sagen, was künftig nicht mehr möglich sein wird. Wir werden uns von Vielem trennen müssen, was wichtig und wünschenswert ist, um Spielräume für die Finanzierung der Zukunftsaufgaben zu schaffen. Wir werden unser staatliches Handeln darauf hin überprüfen, wie wir die Freiräume der Menschen für mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung erweitern können.

Dies wird uns die Kraft geben, uns auf vier Schwerpunkte zu konzentrieren, die Beschäftigung und Wachstum schaffen bzw. unterstützen. Dies sind: **Arbeit, Bildung, Mobilität und Innere Sicherheit.**

Diese Politik wird von manchen als Zumutung empfunden werden und Enttäuschungen auslösen. Aber es gibt dazu keine verantwortbare Alternative, wenn wir nicht die Zukunftsfähigkeit und Stabilität unseres Gemeinwesens insgesamt in Frage stellen wollen.

Trotz verständlicher Klagen und Ängsten gibt es auch die andere Seite der Wirklichkeit in unserem Land: Menschen, die voller Zuversicht ihre Zukunft in die Hand nehmen; Handwerksmeister, die trotz schwieriger Auftragslage Auszubildende einstellen; Arbeitnehmer, die für die Existenz ihres Unternehmens Opfer bringen; junge Menschen, die trotz schwieriger Kapitalmarktbedingungen eine neue Existenz gründen; Unternehmer, die mutig investieren; Landwirte, die mit hohen Auflagen verbraucherorientiert produzieren; ehrenamtlich Engagierte, die dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft zusammenhält.

Mit diesen Menschen wollen wir ein **Bündnis für Erneuerung in NRW** begründen. Wir müssen:

- die Voraussetzungen für zukunftssichere Arbeitsplätze verbessern und Arbeitslosen neue Chancen auf einen Arbeitsplatz eröffnen;
- Unternehmer ermutigen, etwas zu unternehmen;
- Existenzgründer unterstützen, die neue Ideen ins Werk setzen wollen;
- administrative Rahmenbedingungen schaffen, die günstig sind für mehr Arbeit, Wachstum und bürgerschaftliches Engagement;
- die Wettbewerbsfähigkeit auch unserer klassischen Industrie-Branchen erhalten;
- Staat und Verwaltung zu Dienstleistern machen, die Eigeninitiativen nicht behindern, sondern sie anregen und fördern.

Staatliches Handeln allein reicht jedoch nicht aus. Wir wollen und müssen das individuelle Potential aller Bürgerinnen und Bürger nutzen. Die Menschen in NRW können und wollen viel für unser Land tun. Bürgerschaftliches Engagement und Verantwortung müssen daher einen neuen Stellenwert in unserer Gesellschaft haben. Barrieren und Hindernisse, die dieses Engagement behindern, müssen aus dem Weg geräumt werden; Verantwortung muss konkret eingefordert werden. Aber es gilt in NRW auch weiterhin: Wer wirklich Hilfe braucht, wird sich auch in Zukunft auf Solidarität verlassen können.

In der Landespolitik suchen wir dafür den Konsens mit allen, die bereit sind durch politisches Handeln Zukunft zu gestalten, die sich den neuen Herausforderungen stellen, die Egoismen (auch Ressortegoismen) überwinden und entsprechende Schwerpunkte setzen wollen.

II.

Wir müssen unseren Sozialstaat jetzt entschlossen erneuern, sonst werden wir scheitern: am demografischen Wandel unserer Gesellschaft, an den Veränderungen der Arbeitswelt und der hohen Arbeitslosigkeit, an der finanziellen Überlastung der Beschäftigten und der Unternehmen.

Soziale Gerechtigkeit bleibt ein zentrales Leitziel unserer Politik, gerade unter den schwierigen Bedingungen. Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ist mehr denn je verantwortlich für die Gewährung gleicher Startchancen. Für uns geht es um den fairen Interessenausgleich zwischen den Generationen, um die Wahrung des sozialen Zusammenhalts, um gleiche Möglichkeiten zur

gesellschaftlichen Teilhabe und Selbstbestimmung. Unser Sozialstaat muss sich wieder stärker um die kümmern, die aus dem System ausgeschlossen sind.

Aber gerade weil uns diese Ziele so wichtig sind, müssen wir unsere Systeme jetzt verändern, weil wir sonst auch die Akzeptanz unserer Sozialsysteme verlieren werden. Soziale Sicherheit für alle muss auch unter veränderten Bedingungen bezahlbar bleiben. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist der entscheidende Hebel für mehr Arbeitsplätze und damit einer langfristigen Sicherung unseres Sozialstaats.

Jede und jeder muss auch künftig die notwendige medizinische Versorgung, unabhängig von Alter und Einkommen erhalten. Aber wir müssen auch zu mehr Effizienz und kostenbewussten Verhalten aller Beteiligten in unserem Gesundheitswesen kommen.

Die staatlichen Hilfen müssen zielgenau die Menschen erreichen, die sie wirklich benötigen. Dass wir Menschen ermutigen und sie befähigen, sich selbst zu helfen anstatt sie durch staatliche Fürsorge zu entmündigen. Dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die Selbstbestimmung in sozial verpflichteter Eigenverantwortung ermöglichen.

Wir werden diese Ziele nur erreichen, wenn wir die bestehende soziale Infrastruktur entschlossen erneuern. Besser als bislang muss es gelingen, Verlässlichkeit, Qualität und Effektivität durch Vernetzung, Qualitätsentwicklungsprozesse und das ganzheitliche Zusammenwirken von bürgerschaftlichem Engagement und professionellen Dienstleistungen zu gewährleisten.

Die Landesregierung wird sich dafür stark machen, dass

- die Finanzierung der Sozialsysteme schrittweise vom alleinigen Bezug auf Erwerbseinkommen gelöst wird. An die Stelle der überwiegenden Beitragsfinanzierung muss eine zunehmende Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen treten. Ein solcher Umbau darf die Steuer- und Abgabenlast insgesamt nicht erhöhen. Schon gar nicht dürfen die zusätzlichen Steuereinnahmen dazu dienen, Haushaltslöcher zu stopfen. Die zusätzlichen Steuereinnahmen müssen also in gleichem Umfang zu einer Absenkung der Sozialversicherungsabgaben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen.
- Die Entlastung der Betriebe und Arbeitseinkommen von Sozialbeiträgen erleichtert auch die Ausweitung von Teilzeitarbeitsverhältnissen, von denen es in Deutschland immer noch zu wenige gibt.

III.

Die Haushaltssituation des Landes ist dramatisch. Ohne schmerzhaftes Einschnitte werden wir in den nächsten Jahren keine verfassungsgemäßen Haushalte vorlegen können.

In dieser schwierigen Lage hilft nur ein klarer Kurs: Wir werden die Ausgaben des Landes auf die **Schwerpunkte Arbeit, Bildung, Mobilität und Innere Sicherheit konzentrieren**.

Wir werden zur Sicherung des Landeshaushalts auch in bestehende gesetzliche Ansprüche eingreifen müssen.

Kernpunkte für unsere Haushaltspolitik sind:

- Mit dem **Doppelhaushalt 2004/2005** werden wir für unsere Bemühungen zur Konsolidierung einen längerfristigen Planungshorizont und eine entsprechende Verbindlichkeit erreichen. Die der Konsolidierung dienenden Maßnahmen dürfen nicht nur zu Lasten der kurzfristig änderbaren Haushaltspositionen gehen.
- Nach dem Konzept des **Zero-based-budgeting** werden alle Förderansätze auf Null gestellt und müssen – im Sinne einer Umkehr der Beweislast – von den Ressorts und Politikbereichen im Wettstreit mit anderen politischen Schwerpunkten neu eingeworben werden.
- Zur Konsolidierung der Finanzen ist es erforderlich, auch im Bereich der Personalausgaben Einsparungen zu erzielen. Hierzu sind verschiedene Maßnahmen wie z.B. die Streichung bzw. Kürzung von Urlaubsgeld und Weihnachtswahlleistungen im Öffentlichen Dienst sowie die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit unerlässlich.
- Wir wollen das Wohnungsbauvermögen des Landes (WFA) dafür nutzen, durch gezielte Förderung wohnnaher Infrastruktur die Lebensverhältnisse und Zukunftschancen sozial benachteiligter Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.
- Für die Leistungen an die Kommunen sollen in erster Linie Pauschalen gezahlt werden. Das spart Laufzeit und viel Personal bei Antragstellung, Bewilligung und Prüfung von Verwendungsnachweisen.
- Die Landesregierung wird ihre Maßnahmen künftig weniger auf Finanzhilfen und stärker auf Dienstleistungen und die Gestaltung von Rahmenbedingungen konzentrieren.

Die Delegation von Kompetenzen auf die Ebene, auf der auch die Folgen der Entscheidungen unmittelbar spürbar sind, muss ein wesentliches Merkmal der

Landespolitik sein. Diese Linie gilt für die Selbständigkeit von Schulen und Hochschulen ebenso wie für Übertragung von Kompetenzen auf die kommunale Ebene oder untere Verwaltungsebenen wie die Pauschalierung staatlicher Fördermittel.

IV.

1. **Vorrang für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze – Standortbedingungen für Wirtschaft verbessern**

Es ist eine Binsenweisheit, dass Politik keine Arbeitsplätze schaffen kann. Sie kann aber etwas tun, damit Unternehmen mehr investieren. Nur durch Verlässlichkeit und Stetigkeit wird eine Aufbruchstimmung zu erreichen sein.

Wir werden daher:

- die Infrastruktur des Landes stärken,
- durch unsere Mittelstandspolitik die Bedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk verbessern,
- unsere Regelwerke, Verfahren und Abläufe straffen, um Hemmnisse abzubauen, die der Gründung einer Existenz entgegenstehen oder Erweiterungsinvestitionen behindern,
- die berufliche Qualifikation stärken und zusätzliche Anstrengungen für mehr Ausbildungsplätze unternehmen,
- die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, wie sie das Hartz-Konzept vorsieht, beschleunigt umsetzen,
- die Mittel der Europäischen Strukturpolitik bis 2006 einsetzen, um den Strukturwandel in NRW zu unterstützen und insbesondere im Ruhrgebiet Arbeitsplätze zu sichern und neue Jobs zu schaffen,

Existenzgründung fördern, Mittelstand stärken

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und wird durch eine aktive Mittelstandspolitik der Landesregierung gestärkt. Dazu gehören:

- Die Umsetzung des Sofortprogramms der Bundesregierung zum Bürokratieabbau, mit dem ineffiziente, langwierige Verfahren, Doppelerfassung und Doppelarbeit oder Überregulierung abgeschafft werden sollen. Mit der Region Ostwestfalen-Lippe beteiligt sich die Landesregierung aktiv an dem Vorhaben der Bundesregierung, in Modellregionen schon kurzfristig einfachere Verfahren zu praktizieren und überflüssige Bürokratie abzubauen. Daraus sind anschließend Erkenntnisse für eine Übertragung auf das ganze Land zu gewinnen.
- Viele Existenzgründer und Mittelständler haben zunehmend Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt. Ihnen müssen wir durch neue Finanzierungsinstrumente wie z.B. Nachrangdarlehen, Haftungsentlastungen, Bürgschaften und die Förderung der Kapitalbeteiligung von Mitarbeitern helfen.
- Den öffentlich- rechtlichen Teil der Landesbank werden wir zu einer Struktur- und Förderbank des Landes und damit zu einem wichtigen Instrument der Wirtschaftsförderung weiterentwickeln.
- Wir werden Praktikerforen für Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft und Schulen einrichten, die ein Vorschlagsrecht zum Abbau hemmender Vorschriften erhalten.

Für mehr Ausbildungsplätze und eine bessere berufliche Qualifizierung

Erstklassig qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind unser wichtigster Standortvorteil. Zugleich ist eine gute Ausbildung für jeden Einzelnen die entscheidende Schlüsselgröße für das Berufsleben.

Die Partner im Ausbildungskonsens NRW halten daran fest, dass auch 2003 sowie in den nächsten Jahren jeder Jugendliche, der ausgebildet werden will, auch ein Angebot bekommt. Mit dem Aktionsprogramm „100 Tage Maßarbeit für Ausbildung“ wollen wir mit umfassenden Beratungsangeboten, Orientierungshilfen oder Gesprächen mit den Verantwortungsträgern in den Unternehmen und den Teilregionen des Landes dafür sorgen, dass dieses Versprechen eingelöst wird.

Bestehende Ausbildungshemmnisse werden wir abbauen:

- Um Bildungsschwächen von Schulabgängern abzubauen, unterstützen wir die Berufskollegs.
- Mit der Kooperation einer jeden weiterführenden Schule wollen wir eine bessere Berufsvorbereitung erreichen.
- Wir wollen Vorreiter sein für ein differenziertes, in Stufen aufgebautes Ausbildungssystem.

- Wir kümmern uns in NRW intensiv um die Umsetzung des Hartz-Konzepts.

NRW – Energieland Nr. 1

Auch eine sichere, kostengünstige und umweltfreundliche **Energieversorgung** gehört zu den zentralen Voraussetzungen für einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort NRW. Zugleich gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit der mit dem Energiesektor eng verbundenen Wirtschaftszweige (z. B. Anlagenbau) zu erhalten.

- Um Versorgungssicherheit zu schaffen und unsere Klimaschutzziele zu erreichen, setzen wir insbesondere auf die Steigerung der Effizienz der Energiegewinnung und des Energieverbrauchs. Dabei spielt die Weiterentwicklung der Braunkohlekraftwerkstechnologie ebenso eine herausragende Rolle wie das Referenzkraftwerk auf Steinkohlebasis als erster Schritt auf dem Weg zu einem CO₂freien Kraftwerk. Moderne Kraftwärmekopplung kann – an die Erfordernisse angepasst – ebenso wie die Brennstoffzellentechnologie zukünftig eine noch größere Bedeutung erlangen.
- Die erneuerbaren Energien wollen wir weiter ausbauen. Dabei müssen sie längerfristig ihre Wirtschaftlichkeit unter Beweis stellen. Ihre Förderung ist deshalb degressiv zu gestalten und so zu bemessen, dass volkswirtschaftlich vorzugswürdige Lösungen realisiert werden. Darum ist z. B. der Ausbau von Windkraftanlagen an ungünstigen Standorten zu vermeiden, die demgegenüber für die Zukunft interessantere Solarenergie stärker zu fördern.
- Im Rahmen der Kohleanschlussregelung nach 2005 werden die Beihilfen in Abhängigkeit von den reduzierten Fördermengen weiter schrittweise gekürzt, wobei der Landeshaushalt an dieser Degression teilnehmen muss. Wir sind gegen einen Auslauf-Bergbau und setzen uns für einen lebensfähigen Bergbau auch über 2010 hinaus ein.
- Die nationalen Bedingungen für den Emissionshandel müssen so ausgestaltet werden, dass energieintensive Industrien nicht aus NRW abwandern müssen.
- Das Genehmigungsverfahren für die Erweiterung der Urananreicherungsanlage Gronau wird nach Recht und Gesetz durchgeführt.

Bürokratie abbauen, Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen

Im Planungs- und Genehmigungsrecht werden wir auf überflüssige Regelungen und Verfahren verzichten bzw. erforderliche vereinfachen.

- Gesetze und Verordnungen werden in Zukunft nur noch befristet gelten. Nach jeweils fünf Jahren muss ihre Notwendigkeit erneut nachgewiesen werden (Beweislastumkehr). Dieses Verfahren sowie die Überprüfung aller bestehenden Vorschriften hat das Ziel, die Zahl der staatlichen Vorschriften um mindestens 25 % zu reduzieren.
- Mit unserer pro-aktiven Europapolitik wollen wir dazu beitragen, auch Vorgaben des EU-Rechts auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren.
- Die Landesregierung wird sich im Zuge der bevorstehenden Neuregelung des europäischen Chemikalienrechts dafür einsetzen, dass nordrhein-westfälischen Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile entstehen und die Kosten für die Registrierung der Stoffe eng begrenzt bleiben.
- Sonderregelungen, die z.B. über die Anforderungen von Bundes- oder EU-Recht hinaus gehen und zu zusätzlichen Belastungen für Wirtschaft und Landwirtschaft führen, werden wir abbauen.
- Das Planungssystem im Verhältnis zwischen örtlicher, regionaler und staatlicher Ebene werden wir im Rahmen der grundlegenden Überarbeitung des Landesplanungsgesetzes vereinfachen und beschleunigen. Durch das Instrument des Regionalen Flächennutzungsplans erhalten die Kommunen die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis ihre Zusammenarbeit zu stärken und gemeinsame Perspektiven für die Region zu entwickeln.
- Die Verpackungsverordnung ist zügig zu novellieren, um langfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen für alle Beteiligten zu schaffen. Wir brauchen eine Lösung, die für den Verbraucher eine transparente Unterscheidung zwischen ökologisch vorteilhaften und nachteiligen Verpackungen ermöglicht. Das Verfahren der Pfanderhebung und -erstattung im Bereich der zukünftig pfandpflichtigen bisherigen Einwegverpackungen muss für Getränkeabfüller, Handel und Verbraucher unkompliziert und leicht praktikabel sein.
- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die UVP-Pflicht von Bauernhöfen ausschließlich nach EU-Vorgaben geprüft wird und Höfe nicht abhängig von der Flächenausstattung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung bedürfen.
- Wir werden den Ausbau der Mobilfunknetze dadurch beschleunigen, dass wir baurechtliche Genehmigungsverfahren konzentrieren.
- Wir werden NRW zu einem europaweit führenden Standort der Bio- und Gentechnologie ausbauen. Die bisher mit den Regionen aufgebauten Unternehmenscluster, die als sich selbst tragende Innovationsfelder eine hohe Sogwirkung auf die Ansiedlung weiterer Unternehmen ausüben, sollen eine europäische Spitzenposition erlangen.

Hierzu werden wir die Effizienz des Technologietransfers und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft steigern.

Den Öffentlichen Dienst und Verwaltungsstrukturen modernisieren

Ein moderner Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürger auch künftig Sicherheit bietet, soziale Demokratie gewährleistet und die notwendigen Rahmenbedingungen für gesellschaftliches Handeln schafft, muss seine Aufgaben effizient, kostenbewusst und dienstleistungsorientiert erfüllen.

- Die Vorschläge der **Bull-Kommission** zur Verbesserung der Effizienz in der öffentlichen Verwaltung werden wir zügig umsetzen. Wir werden die rechtlichen Spielräume nutzen, um neue Steuerungsmethoden im Öffentlichen Dienst einzuführen, wie z.B. den Abschluss von Zielvereinbarungen, eine dezentrale Ressourcenverantwortung oder eine Kosten–Leistung–Rechnung.
- Andere Veränderungen, wie z.B. die Stärkung der Leistungsbezahlung im Öffentlichen Dienst oder die Abkehr vom Lebenszeitprinzip erfordert eine Streichung oder Änderung des Art. 33 Abs. 5 GG, in dem die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums niedergelegt sind. Die Landesregierung wird sich für diese Grundgesetzänderung einsetzen.
- Beiräte werden grundsätzlich nur noch mit befristeter Aufgabenstellung eingesetzt. Die Notwendigkeit jedes einzelnen Beauftragten wird überprüft.
- Wir werden die begonnenen Reformen der Verwaltungsstrukturen fortsetzen, mit dem Ziel der weiteren Dezentralisierung und Optimierung. Diese eröffnen Möglichkeiten zur weiteren Übertragung von Aufgaben auf die **Kommunen** gegen einen fairen finanziellen Ausgleich.
- Um einen besseren Personaleinsatz und eine Steigerung der Flexibilität zu gewährleisten, werden wir die Personalkostenbudgetierung bei den Bezirksregierungen einführen.
- Die Aufgaben der nachgeordneten Behörden wie Staatliche Umweltämter und Staatliche Ämter für Arbeitsschutz sollen gebündelt und entweder in die Bezirksregierungen integriert oder auf Kreise und kreisfreie Städte übertragen werden.
- Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob im Rahmen einer parteiübergreifenden Initiative ein breiter Konsens zu einer weiter-

gehenden Optimierung der staatlichen Verwaltung auf der mittleren Ebene erzielt werden kann.

- Wir wollen entscheiden, wie bisher von staatlicher Verwaltung wahrgenommene Aufgaben auch anders wahrgenommen werden können.
- Die Landesregierung wird in ihrem Rahmen darauf hinwirken, das bisher historisch bedingte Zerteilungen von Organisationseinheiten im Interesse des Gesamtlandes zusammengelegt werden (Sparkassen- und Giroverbände, Landesversicherungsanstalten, Provinzialversicherungen, TÜV).

Die Mittel der Europäischen Strukturpolitik nutzen

Der Aufholprozess des Ruhrgebiets hat begonnen. Die Tiefe des dortigen Strukturwandels erfordert aber noch einige Jahre der Regionalförderung. Zugleich wird die Landesregierung die Entwicklung der anderen Teilregionen des Landes nicht vernachlässigen.

Unterstützt durch den Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr hat die Landesregierung eine Reihe an entwicklungssicheren Kompetenzfeldern der Ruhrgebietswirtschaft definiert und in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen damit begonnen, diese auszubauen. Diese Politik werden wir fortsetzen. Deshalb steuern wir um: Wir konzentrieren uns auf Kompetenzfelder und Branchen als Motor für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Weitere Initiativen aus der Region, durch gemeinsame Masterpläne das Ruhrgebiet voranzubringen, werden wir unterstützen.

Für starke Branchen in NRW

NRW verfügt neben einer starken Basis im Mittelstand und Handwerk über große, das Land prägende Branchen: Die chemische Industrie, der Maschinen- und Anlagenbau, der Fahrzeugbau, die Eisen- und Stahlindustrie, der Energiesektor sowie ein zunehmend bedeutsamer Dienstleistungssektor. Daneben entstehen neue Kompetenzfelder wie die Medienindustrie, die Bio- und Gentechnologie, die IT-Technik, die Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik oder die Mikrostrukturtechnik. Ihnen müssen wir helfen, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, indem sie nicht zusätzlichen Auflagen oder Restriktionen ausgesetzt werden.

2. In Bildung investieren

Das Wissen in den Köpfen der Menschen und die Fähigkeit dieses Wissen umzusetzen, entscheiden über die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

So sehr das Land an anderen Stellen sparen muss, an den Zukunftschancen unserer Kinder werden wir nicht sparen dürfen. Einsparungen im Haushalt 2004/05 in allen anderen Ressorts sind deshalb auch ein Solidaritätsbeitrag für die Zukunft der Kinder in unserem Land: Dabei geht es zunächst um die naheliegenden Ziele, nämlich die Vermeidung von Unterrichtsausfall, einen guten Unterricht, die Entlastung der Lehrer von Vorschriften und die Renovierung der Schulgebäude, wo dies notwendig ist.

- Die Landesregierung wird Schulen und Eltern die „Initiative Schule 2010“ anbieten, um Quantität und Qualität des Unterrichts zu sichern und zu verbessern.
- Verlässliche und attraktive Ganztagsangebote sind eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung von Bildungschancen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir konzentrieren uns zunächst auf den Primarbereich und setzen den Ausbau im Sinne der offenen Ganztagsgrundschule zügig fort.
- Der wichtigste Ansatzpunkt für die Förderung von Bildungsbenachteiligten ist der frühe und gezielte Erwerb an Kenntnissen in der deutschen Sprache. Deshalb bauen wir die Fördermaßnahmen im Kindergarten und vor Beginn der Einschulung weiter aus. Unser Ziel ist eine verpflichtende Teilnahme für alle Kinder, die ohne diese Förderung ihre Schullaufbahn nicht erfolgreich beginnen können.
- Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und hohe Qualität der Bildung erfordern eine konsequente Standardsetzung und Förderung in unseren Bildungseinrichtungen. Die Landesregierung wird landesweite Lernstandserhebungen zur Feststellung der Lernentwicklung und des Förderbedarfs der Schülerinnen und Schüler einführen. Zur Standardsicherung sowie als Beitrag für mehr Objektivität wollen wir teilzentrale Abschlussprüfungen für die Sekundarstufe II und I vorbereiten.
- Schulen, die es durch ihr Umfeld und die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft mit besonderen Herausforderungen zu tun haben, sollen zusätzliche Mittel bekommen.
- Die Landesregierung wird so schnell wie möglich das Abitur nach 12 Jahren landesweit einführen, um die Ausbildungszeit zu verkürzen und das Berufseintrittsalter auch im Sinne einer Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme zu senken. Um die

Durchlässigkeit und Chancengleichheit zu verbessern, werden zudem Bildungsgänge ermöglicht, die auch nach 13 Jahren zur allgemeinen Hochschulreife führen.

- Eine staatliche Schulaufsicht ist angesichts zunehmend selbständiger werdender Schulen zur Standardüberprüfung und Qualitätsentwicklung unverzichtbar. Dabei ist es unser Ziel, die Ebenen der Schulaufsicht zu reduzieren und sie andererseits stärker zu einer Service- und Beratungsinstanz für die Schulen zu entwickeln.
- Wir konzentrieren uns auf das Ziel individueller Förderung in allen Schulformen, die Entwicklung des Profils und größerer Selbständigkeit der einzelnen Schule. Die Kommunen werden Freiräume erhalten, um möglichst flexibel auf die Anforderungen an das örtliche Schulangebot reagieren zu können. Grundsatzfragen der Schulstruktur stehen nicht im Vordergrund.

Den Wissenschaftsstandort NRW stärken

Der Strukturwandel an den Hochschulen ist mit dem Qualitätspakt eingeleitet: Qualität sichern und ausbauen, Kräfte und Potenziale bündeln mit dem Ziel einer klar strukturierten, international wettbewerbsfähigen NRW-Hochschullandschaft.

Dieser Prozess muss beschleunigt werden und erfolgsorientierter gestaltet werden durch eine schärfere Profilsteuering. Dazu gehören u.a. die Neujustierung von Erfolgsparametern und eine konsequente, zügige Studienreform (BA/MA).

- Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir die Studienbedingungen so gestalten, dass schneller und erfolgreicher studiert werden kann. Zu lange Studiendauer und hohe Abbrecherquoten sind eine nicht akzeptable Vergeudung von Talenten, Chancen und Ressourcen.
- Die Hochschulen müssen sich aber stärker als bisher für die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft öffnen. Die Internationalität und Internationalisierung der NRW – Hochschulen muss vorangetrieben werden. Wir müssen die Vernetzung unserer Hochschulen in Europa verbessern, Spitzenforschung und Spitzennachwuchs fördern und internationale Spitzenforscher in unser Land holen.

3. Mobilität verbessern

Eine **leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur** ist eine Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Sie sichert berufliche Mobilität und persönliche Bewegungsfreiheit und erhöht auch die Lebensqualität in unseren Städten und deren Umland. Die Landesregierung verfolgt das Konzept einer integrierten Verkehrspolitik, die sich

auch durch gestraffte Planungs- und Abstimmungsprozesse ausgezeichnet.

Die Landesregierung wird sich im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans 2015 auf jene Maßnahmen konzentrieren, die in diesem Zeitrahmen auch realisiert werden können, verkehrlich und wirtschaftlich effizient sind bzw. wirkliche Entlastung bringen, so z.B.

- die Realisierung der wichtigen Lückenschlüsse im Zuge der Autobahnen A 1 (von Blankenheim bis nach Rheinland – Pfalz), A 33 (zwischen Borgholzhausen und Bielefeld), A 44 („Bochumer Lösung“ und Ratingen – Velbert) sowie A 46 (zwischen Hemer und Arnsberg – Neheim),
- eine Reihe von Ortsumgehungen entlang der B 508/B 62 im Siegerland und der B 58 bei Wesel.

Die Landesregierung wird:

- ein Konzept für eine systematische Erhaltung und Verbesserung des Landesstraßennetzes aufstellen,
- den Einsatz von Leit- und Telematiksystemen zur Vernetzung der Verkehrssysteme und Steigerung der Effizienz forcieren,
- den ÖPNV weiter ausbauen, um das Mobilitätsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger zu optimieren, den Umstieg vom Individualverkehr zu erleichtern, die Straßen zu entlasten und gleichzeitig die Gesamtumweltbilanz deutlich zu verbessern,
- im SPNV die kooperationsraumübergreifende Zusammenarbeit der Zweckverbände durch die Einrichtung einer gemeinsamen Management-Gesellschaft unter Einbindung der Landesinteressen weiter vorantreiben,
- den Metrorapid als neuen Verkehrsträger mit Zukunftspotential in gemeinschaftlicher Verantwortung mit Bund, Bahn und Industrie in der Rhein-Ruhr-Region realisieren,
- darauf hinwirken, dass Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichste Region in Europa über die Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn durch Ausbaumaßnahmen bedarfsgerecht und zukunftsfähig an den interkontinentalen Luftverkehr angebunden wird. Dazu gehört insbesondere auch die Nachtoffenheit des Flughafens Köln/Bonn als Frachtdrehkreuz Nordrhein-Westfalens,
- darauf hinwirken, dass auch an anderen Standorten die Luftverkehrsinfrastruktur verbessert wird, beispielsweise durch die Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Münster-Osnabrück sowie durch Respektierung der Bestandsgarantie für den Flughafen Essen-Mülheim.

4. Innere Sicherheit

- Wir werden die drei Säulen der inneren Sicherheit, Prävention, konsequente Strafverfolgung und Opferschutz gleichermaßen weiter entwickeln.
- Die Bekämpfung der ansteigenden Kriminalität hat für uns oberste Priorität.
- Wir werden die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz bei der Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus auf Basis der beiden Sicherheitspakete fortsetzen.
- Die Ordnungspartnerschaften werden wir weiterführen.
- Wir werden die Organisation der Kreispolizeibehörden überprüfen und verbessern. Unser Ziel ist mehr sichtbare Polizeipräsenz auf der Straße.
- Wir werden die landesgesetzlichen Voraussetzungen für einen breiteren Einsatz von Videoüberwachung, Rasterfahndung und des Platzverweises schaffen und den Vorgaben der Rechtsprechung anpassen.
- Um den Einsatz der DNA-Analyse zur Aufklärung von Straftaten auszuweiten, werden wir uns im Rahmen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für die Änderung des Bundesrechts einsetzen.
- Die Strafbarkeit von Graffiti-/Farbschmierereien muss bundesrechtlich sichergestellt werden.

V.

Die Kommunen stärken

Wir brauchen eine deutliche Verbesserung der Haushaltssituation und damit Erhöhung der Investitionskraft der Kommunen. Dies ist nötig, um die Lebensqualität in den Städten und die Auftragslage der örtlichen Wirtschaft zu verbessern.

- Die Gemeindefinanzreform muss bis zum 1. Januar 2004 zu einem Ende gebracht werden. Städte und Gemeinden brauchen dauerhaft eine verlässliche Einnahmequelle auf dem Niveau des Jahres 2000. Eine modernisierte Gewerbesteuer muss den Kreis der Steuerpflich-

tigen vergrößern und die Bemessungsgrundlage verbreitern.

- Entsprechend der Regel „Wer bestellt, bezahlt“, werden wir das Konnexitätsprinzip in die Landesverfassung schreiben.
- Wir werden alle kommunalen Aufgaben auf den Prüfstand stellen und kostentreibende Standards und Normen kritisch hinterfragen.
- Wir werden die Finanzwirtschaft der Kommunen auf kaufmännische Grundsätze umstellen.
- Wir werden die Kommunen durch die Zusammenführung von Arbeits- und Sozialhilfe von den Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit entlasten.
- Wir werden alle Zuweisungen an Kommunen außerhalb des Steuerverbundes daraufhin überprüfen, ob sie nicht in pauschaler Form an die Kommunen gegeben werden können.
- Wir werden die Freistellung der Kommunen an der Beteiligung an den Kosten der Flutopferhilfe sofort an die Kommunen weitergeben.

VI.

Für eine Politik der Nachhaltigkeit

Eine nachhaltige Politik in NRW muss gleichermaßen das Interesse an einem schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen wie die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den sozialen Zusammenhang im Blick haben. Unser Ziel ist es, wirtschaftliches Wachstum und den physischen Stoffwechsel mit der Natur zu entkoppeln, d.h. die Ressourceneffizienz zu erhöhen.

Unser Prinzip lautet „Vorsorge statt Nachsorge“:

- Wir wollen die Verantwortung der Wirtschaft für einen nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen stärken, z.B. durch eine Integrierte Produktpolitik. Dabei setzen wir in erster Linie auf marktwirtschaftliche Elemente und Anreize zur Kostensenkung.
- Wir wollen „freiwilligen“ Vereinbarungen ordnungsrechtlichen Maßnahmen den Vorzug geben.
- Wir werden die Umweltschutzpolitik stärker mit einer innovativen Industriepolitik verzahnen.

- Wir werden den technischen Umweltschutz, der heute schon ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in NRW ist, weiter ausbauen und stärken. Die Umweltverwaltung hat sicherzustellen, dass der umweltfreundliche Einsatz von Gewerbeabfällen in Müllverbrennungsanlagen nicht behindert wird.
- Naturschutzrechtliche Bestimmungen dürfen die Realisierung von Investitionsprojekten nicht verhindern oder über Gebühr verzögern. Eingriffe zu Lasten der Natur sind in solchen Fällen unvermeidlich und sind durch Ausgleichsmaßnahmen an anderer Stelle zu kompensieren.

VIII.

Als größtes Industrieland der Bundesrepublik, als starkes Land im Herzen Europas sind wir verflochten mit vielfältigen Entwicklungen der Bundespolitik und der Europapolitik.

Aber das kann keine Entschuldigung sein, nicht alles im Land zu tun, um für die Menschen in NRW eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Für uns gilt: NRW zuerst!

Bei allen politischen Konflikten heißt die erste Frage: Was nutzt NRW und seinen Menschen? Das kann auch bedeuten, dass wir selbstbewusst Meinungsunterschiede mit der Bundesregierung austragen und mit anderen Landesregierungen, ungeachtet ihrer parteipolitischen Färbung, erfolgreich kooperieren, wo das im Interesse unseres Landes liegt.

Nordrhein–Westfalen ist ein reiches Land. Reich an Ideen. Reich an Menschen, die täglich Engagement für andere zeigen. Unser Ziel ist es, diese Kräfte zu fördern und in einer weltoffenen Bürgergesellschaft zur Geltung zu verhelfen. Unser Ziel ist es, durch eine nachhaltige Politik die Zukunftschancen für unsere Kinder zu sichern, ihnen zu Ausbildung und Arbeit zu verhelfen und ihnen ein Gemeinwesen zu übergeben, das ihnen Freiheitsräume bietet.

Um dies zu erreichen, brauchen wir grundlegende Veränderungen. Die Politik muss den Mut haben, den Menschen zu sagen, wie die Lage ist. Sie muss ihnen aber auch aufzeigen, was getan werden kann, damit Nordrhein–Westfalen ein modernes und soziales Land bleibt, ein erfolgreiches Land im Herzen Europas.